



**STADT MEERBUSCH
DER BÜRGERMEISTER**

Niederschrift

über die Sitzung des Rates am 25. Februar 2010

Tagesordnung	Seite
Anwesenheit	2
I ÖFFENTLICHE SITZUNG	3
1. Einwohnerfragestunde	3
2. Änderung der Geschäftsordnung	3
3. Änderung des Stellenplanes 2010	3
4. Bestellung von Ratsmitgliedern für den Integrationsrat	4
5. Delegation von Vertretern in den Vorstand des Deichverbandes Meerbusch-Lank	4
6. Aufstellung der Nebentätigkeiten	5
7. Antrag der UWG-Fraktion vom 31. Januar 2010 auf Verabschiedung einer Resolution gegen das Kohlekraftwerk Krefeld	5
8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2010 auf Ausschussumbesetzung	6
9. Antrag der CDU-Fraktion vom 10. Februar 2010 auf Ausschussumbesetzung	7
10. Anfragen	7
11. Bericht der Verwaltung	7
12. Termin der nächsten Sitzung	7
13. Verschiedenes	8
13.1 Kosten des strengen Winters	8
13.2 Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in Ausschüssen	8

Anwesenheit

Sitzungsort: Städtisches Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, Meerbusch-Strümp

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.25 Uhr

Anwesend

sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Spindler

von der CDU-Fraktion:

die Ratsfrauen Gröters, Hermanns, Joliet-Heising, Kox, Pricken, Schoppe, Steinforth und sowie die Ratsherren Becker, Damblon, Dr. Hemmen, Herlitz (bis TOP 13), Hoppe, Jung, Jürgens, Kunze, Lerch, Radmacher, Stüttgen, van Vreden, Wartchow und Wehrspohn,

von der SPD-Fraktion:

die Ratsfrauen Niederdellmann (bis TOP 13), Niederdellmann-Siemes (bis TOP 13) und sowie die Ratsherren Eimer, Focken, Grund, Jüngerkes und Neuhausen ,

von der FDP-Fraktion:

die Ratsfrauen Büchner, Schmidt und sowie die Ratsherren Dr. Brennecke, Burkhardt, Dorfer (ab TOP 2), Gabernig, Meyer-Ricks, Schleifer und Dr. Schumacher,

von der Fraktion "BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN":

Ratsfrauen Dr. Schomberg und sowie die Ratsherren Fliege (ab TOP 2), Peters, Ruyter und Schmitz-Linkweiler

von der UWG-Fraktion:

Ratsfrau Glasmacher und Ratsherr Staudinger-Napp

sowie Ratsherr Müller - Zentrum und Ratsherr Schoenauer - fraktionslos,

von der Verwaltung:

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage,

Techn. Beigeordneter Dr. Gerard,

Bürgermeisterreferentin StOAR'in Scholten

Service Zentrale Dienste: StVD Wirtz, StAfrau Heidbreder

Service Finanzen: StVD Fiebig

Rechnungsprüfungsamt: StVD Fox

Es fehlen:

die Ratsherren Meffert und Rennertz (CDU), Rettig, Dr. Schmidt-Menschner und Ratsfrau Wellhausen (FDP), Ratsfrau Niegeloh (SPD) sowie Ratsherr Becker und Ratsfrau Stockmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Schriftführer

Jürgen Wirtz

I ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Änderung der Geschäftsordnung

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte III. Änderung der Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Schleifer erläutert den Antrag der FDP-Fraktion vom 23.02.2010. Bürgermeister Spindler erklärt, dass verwaltungsseitig vorgeschlagen werde, den Satz 4 des § 24 Abs. 2 der Geschäftsordnung ersatzlos zu streichen, da die Regularien zu den Zustellfristen auch für die Ausschüsse dann in § 3 Satz 1 in Verbindung mit § 24 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung abschließend geregelt sind.

Gegen die Anregung der FDP-Fraktion, in der Geschäftsordnung auch zu regeln, dass in den Beratungsvorlagen alternative Beschlussvorschläge vorzustellen seien, habe er keine Bedenken. Er habe verwaltungsintern bereits entsprechende Anweisung gegeben. Sollten die Fraktionen jedoch eine Regelung in der Geschäftsordnung für erforderlich halten, so schlage er entsprechend der FDP-Anregung vor, den § 2 Absatz 3 der Geschäftsordnung um einen neuen Satz 3 zu ergänzen, der da lautet: In Beschlussvorlagen der Verwaltung werden Alternativen dargestellt, soweit dies von der Sache nicht nachvollziehbar verzichtbar ist. Dabei sollen entsprechende Kostengegenüberstellungen erfolgen.

3. Änderung des Stellenplanes 2010

Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügten Stellenausweisungen im Sozial- und Erziehungsdienst und die entsprechende Änderung im Stellenplan als Anlage zur Haushaltssatzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert die Stellungnahme des Personalrates. In den beiden angesprochenen Fällen von stellvertretenden Kindergartenleitungen sei bisher von der Bestellung einer dauerhaften Vertretung abgesehen worden. Die Vertretungen waren bisher nur für den Fall der Abwesenheit der Leiterinnen geregelt. Der Anregung des Personalrates folge man nach erneuter Prüfung und schlage vor, die Stellen entsprechend nach S 11 (Orga.-Nr. 02/ 01/ / 04-0020) bzw. S 13 (Orga.-Nr. 02/ 01/ / 07-0030) auszuweisen. Wie die Stellen personell besetzt werden, sei derzeit noch nicht abschließend entschieden.

Die Bewertung der Stellen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD im Jugendamt bleibe einer weiteren Prüfung vorbehalten. Falls erforderlich werde eine entsprechende Beratungsvorlage in einer der nächsten Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses eingebracht.

4. Bestellung von Ratsmitgliedern für den Integrationsrat

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch entsendet folgende Mitglieder in den Integrationsrat:

1. Helga Hermanns (CDU)
2. Jörg Wartchow (CDU)
3. Thomas Gabernig (FDP)
4. Hans Günter Focken (SPD)
5. Sarah Stockmann (Bündnis 90/Die Grünen)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert die Beratungsvorlage und führt aus, dass es für die Bestellung der Ratsmitglieder des Integrationsrates keine einschlägigen Regelungen gebe. Verwaltungsseitig werde daher vorgeschlagen, den § 50 Abs. 3 GO analog anzuwenden. Er bittet die Fraktionen um Vorschläge.

Ratsherr Damblon schlägt für die CDU-Fraktion Ratsfrau Hermanns und Ratsherrn Wartchow vor. Ratsherr Schleifer schlägt Ratsherrn Gabernig vor, Ratsfrau Niederdellmann schlägt für ihre Fraktion Ratsherrn Focken vor. Seitens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärt Ratsherr Peters, dass Ratsfrau Stockmann die Fraktion im Integrationsrat vertreten solle.

Bürgermeister Spindler fragt nach, ob Einvernehmen darüber bestehe, die nun vorgeschlagenen in den Integrationsrat zu entsendenden Ratsmitglieder als einheitlichen Listenvorschlag im Sinne des § 50 Abs. 3 GO zu sehen. Hierüber besteht fraktionsübergreifend Einvernehmen.

Er erklärt weiterhin, dass auch für die Einladung zu konstituierender Sitzung des Integrationsrates keinerlei konkrete Festlegungen getroffen seien. In Anwendung des § 47 GO gehe er davon aus, dass die Sitzung spätestens drei Wochen nach Beginn der Wahlzeit stattfinden solle. Er schlage daher den 16. März 2010, 17 Uhr, als Termin vor. Die entsprechende Einladung werde verwaltungsseitig gefertigt.

5. Delegation von Vertretern in den Vorstand des Deichverbandes Meerbusch-Lank

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beauftragt die Vertreter der Stadt Meerbusch im Erbentag des Deichverbandes Meerbusch-Lank, in der Sitzung am 25. Februar 2010, Herrn Städt. Oberbaurat Matthias Unzeitig als ordentliches Mitglied (Heimrat) und Herrn Verwaltungsangestellten Marcel Berg als seinen persönlichen Vertreter (stellvertretender Heimrat) zur Wahl in den Vorstand des Deichverbandes (Deichamt) vorzuschlagen und zu wählen.

Abstimmungsergebnis Vorschlag Matthias Unzeitig (Heimrat):

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
FDP	8		
SPD	7		
Bündnis 90/Die Grünen			5
UWG			2
Zentrum	1		
fraktionslos	1		
Gesamt:	39	-	7

Abstimmungsergebnis Vorschlag Marcel Berg (stellvertretender Heimrat):

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert, dass der als stellvertretende Heimrat in der Beratungsvorlage zunächst vorgeschlagene Herr Tewordt nicht mehr zur Verfügung stehe. Aus diesem Grunde werde verwaltungsseitig vorgeschlagen, Herrn Marcel Beg als Vertreter des Herrn Unzeitig ist das Deichamt zu entsenden.

Ratsherr Peters erklärt, dass seine Fraktion bei Herrn Unzeitig mögliche Interessenkonflikte zwischen dem Hauptamt und der Tätigkeit beim Deichverband sehe, man werde sich deshalb enthalten.

6. **Aufstellung der Nebentätigkeiten**

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

7. **Antrag der UWG-Fraktion vom 31. Januar 2010 auf Verabschiedung einer Resolution gegen das Kohlekraftwerk Krefeld**

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der UWG-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution gegen das Kohlekraftwerk Krefeld wird an den zuständigen Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss /Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis – Vertagungsantrag der FDP-Fraktion:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		22	
FDP	9		
SPD	1	6	
Bündnis 90/Die Grünen	5		
UWG	2		
Zentrum	1		
fraktionslos		1	
Gesamt:	18	29	-

Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Krefeld wird aufgefordert, den Genehmigungsantrag für das geplante Kohlekraftwerk in Krefeld zurückzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		22	
FDP			9
SPD		7	
Bündnis 90/Die Grünen	5		
UWG	2		
Zentrum		1	
fraktionslos		1	
Gesamt:	7	31	9

Damit ist der Antrag der UWG-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution abgelehnt.

Ratsherr Schleifer erläutert den FDP-Antrag. Seine Fraktion halte eine ausführlichere Begründung für erforderlich. Zudem sei fraglich, wer der richtige Adressat der Resolution sein müsse. Ratsherr Staudinger-Napp erklärt, die Stadt Krefeld sei Adressat dieser Resolution.

Ratsherr Damblon erklärt, seine Fraktion könne dem Vertagungsantrag nicht folgen, da sie auch der Resolution nicht zustimmen werde. Das von der Stadt Krefeld geplante Kraftwerk sei für den Industriestandort erforderlich, es sichere Arbeitsplätze. Ein altes, die Umwelt wesentlich höher belastendes Kraftwerk werde durch ein neues, dem neuesten Stand der Technik entsprechendes Kraftwerk ersetzt.

Ratsfrau Niederdellmann erklärt, auch ihre Fraktion werde nicht zustimmen. Der Resolutionsentwurf sei populistisch und die UWG verfare nach dem St.-Florians-Prinzip. Die SPD bedauere zwar auch, dass keine andere Form der Energiegewinnung gefunden wurde, es gehe derzeit aber noch nicht ganz ohne Kohlekraftwerke. Auch sei zu berücksichtigen, dass zwei alte Kessel abgeschaltet würden und durch neue, umweltfreundlichere Technologie ersetzt würden. Trotzdem würde die SPD die Verwaltung auffordern, im anstehenden Genehmigungsverfahren Anregungen und Bedenken geltend zu machen.

Ratsherr Peters erklärt, dass die Grünen grundsätzlich die Kohlekraftwerkstechnologie ablehnen würden. Der Wirkungsgrad dieser Kraftwerke sei zu gering. Die Frage der Arbeitsplätze sei hier sekundär. Durch den Einsatz alternativer Energien wären auch eine Menge Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Folgenden begründet Ratsfrau Glasmacher nochmals den Resolutionsantrag der UWG-Fraktion. Insbesondere stellt sie die Umweltbelastungen dar, die sich auch auf Meerbuscher Gebiet auswirken würden. All dies sei in einer, durch Schadstoffe schon äußerst stark belasteten Region nicht mehr hinzunehmen. Auch Krefelder Ärzte und Apotheker hätten eine Initiative gegründet, die dieses Kohlekraftwerk verhindern will. Die Bundesregierung hätte die Zielsetzung, den CO₂ - Ausstoß bis zum Jahre 2020 um 40% zu senken. Daher sei hier ein Umdenken angezeigt. Zur Unterstützung und zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger sei die Resolution erforderlich, um die Meerbuscher Position und Auffassung zu verdeutlichen.

Ratsherr Radmacher erinnert daran, dass man zum Kraftwerksneubau in Grevenbroich, also einem Kraftwerksprojekt im Rhein-Kreis Neuss, als Rat keine Stellungnahme abgegeben habe.

Ratsherr Schoenauer stellt klar, dass bisher lediglich ein Beschluss des Rates der Stadt Krefeld vorliege, das Genehmigungsverfahren für dieses Kraftwerk einzuleiten. Dieses Verfahren nach BImSchG werde von der Bezirksregierung begleitet und überwacht. Im Rahmen dieses Verfahrens seien Bedenken und Anregungen, auch die der Stadt Meerbusch, einzubringen. Dies erfolge üblicherweise im Planungsausschuss der für den Rat eine Stellungnahme vorbereite. Insofern sei erstmal abzuwarten, wie die Planungsunterlagen aussähen.

Ratsherr Schleifer erklärt, die Debatte verdeutliche, es bestehe weiterer Beratungsbedarf. Er fordere die CDU auf, über den eigenen Schatten zu springen und einer weiteren Beratung im Bau- und Umweltausschuss zuzustimmen.

Ratsherr Damblon erklärt, dass der Wirkungsgrad über 60% liege. Auch er sehe es so, dass zunächst das weitere Verfahren abzuwarten sei und im Verfahren die Meerbuscher Position einzubringen sei.

Ratsherr Neuhausen erklärt, dass die Fakten für eine Diskussion derzeit noch fehlen würden. Keiner wisse, wie die Belastungen tatsächlich aussähen, da belastbare und vor allem prüffähige Unterlagen nicht vorlägen.

8. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2010 auf Ausschussumbesetzung**

Beschluss:

Bau- und Umweltausschuss

Vertreter

setze zusätzlich

Joris Mocka

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9. Antrag der CDU-Fraktion vom 10. Februar 2010 auf Ausschussumbesetzung

Beschluss:

Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter setze zusätzlich Andreas Heumann

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

11. Bericht der Verwaltung

Frau Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage berichtet über die Anmeldezahlen der weiterführenden Schulen, die nach derzeitigem Stand wie folgt aussehen:

Städt. Gemeinschaftshauptschule Osterath:	24 Schüler/innen
Städt. Realschule Osterath:	109 Schüler/innen
Städt. Mataré-Gymnasium:	131 Schüler/innen
Städt. Meerbusch-Gymnasium:	101 Schüler/innen
Städt. Maria-Montessori-Gesamtschule:	117 Schüler/innen

Insgesamt hätten sich für die Gesamtschule 201 Kinder angemeldet, 117 konnten berücksichtigt werden. Hiervon werden 5 Schülerinnen und Schüler integrativ beschult. 82 Schülerinnen und Schüler kommen aus Meerbusch, 31 aus Nachbargemeinden (davon 26 Kaarst, 3 aus Düsseldorf, 2 aus Neuss). Die Vergabe der Plätze eine auswärtige Schülerinnen und Schüler beruhe teilweise auf Härtefallregelungen bzw. Einzelfallprüfungen.

Stadtkämmerer Fiebig erklärt, dass der Rhein-Kreis Neuss zwischenzeitlich zum Haushalt 2010 Stellung genommen habe und insbesondere die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung begrüße. Das Schreiben ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Hinsichtlich der Finanzierung des Kreishaushaltes 2010 erklärt er, dass der Kreis zunächst beabsichtigt habe, dass Defizit von 15 Mio. € zu $\frac{1}{3}$ (5 Mio. €) aus der allgemeinen Rücklage und zu $\frac{2}{3}$ (10 Mio. €) durch Erhöhung der Kreisumlage über die Städte und Gemeinden zu finanzieren. Nach intensiven Gesprächen der Kämmerer und abschließender Beratung der Bürgermeister mit dem Landrat sei vereinbart worden, dass der Kreis aus der allgemeinen Rücklage 10 Mio. € des Fehlbetrages trägt und die Städte und Gemeinden 5 Mio. €. Hierdurch erhöht sich die von Meerbusch zu zahlende Kreisumlage um rd. 600.000 €.

Ratsherr Focken fragt wie die Gegenfinanzierung dieses Betrages aussehe. Bürgermeister Spindler erklärt, dass eine zusätzliche Kreditaufnahme nicht vorgesehen sei. Im Laufe des Jahres müsse im Rahmen der Haushaltsausführung gesehen werden, wie der Betrag erwirtschaftet werden könne.

12. Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Rates findet am 25. März 2010 statt.

13. Verschiedenes
13.1 Kosten des strengen Winters

Ratsherr Focken fragt nach, ob die durch den harten und langen Winter verursachten Schäden und die damit verbundenen Mehrkosten schon absehbar seien. Technischer Beigeordneter Dr. Gerard erklärt, dass die Schadensaufnahme derzeit erfolge und erste unabweisbare Reparaturarbeiten schon liefen. Über die erhöhten Kosten des Winterdienstes und die durch die Vielzahl der Schäden entstehenden Instandhaltungskosten könne er deshalb derzeit noch keine konkrete Aussage machen. Sobald hierüber Erkenntnisse vorliegen, werde er den Rat informieren.

13.2 Einrichtung einer Einwohnerfragestunde in Ausschüssen

Ratsherr Focken fragt, ob die Möglichkeit bestehe, ähnlich wie im Rat praktiziert, in Ausschusssitzungen eine Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung zu integrieren. Bürgermeister Spindler erklärt, dass ihm derzeit keine Regelungen bekannt seien, die dies verhindern könnten.

Meerbusch, den 1. März 2010

Dieter Spindler
Bürgermeister

Jürgen Wirtz
Schriftführer